

Über „Reformen“, Manipulation und Demokratie

Was tun, wenn sich eine Kluft auftut zwischen den politischen Vorstellungen einer Mehrheit der Bevölkerung einerseits und den Interessen von Großaktionären und Vermögenden andererseits?

Das ist nämlich immer wieder der Fall. Laut Forsa-Umfrage für den stern glauben 82% der Bevölkerung (Ostdeutschland: 90%), dass auf die Interessen der breiten Bevölkerung keine Rücksicht genommen wird. Und nur 5% meinen, dass man mit Wahlen in starkem Maß die Politik mitbestimmen könne (taz, 28.12.06). Eine Ipsos-Umfrage für Financial Times Deutschland ergab: 74% sind der Überzeugung, dass die Wirtschaft mehr Einfluss hat auf die Verhältnisse in Deutschland als die Politik. 78% stimmen der Aussage zu: „Für die Unternehmen sind die Menschen nur noch ein Kostenfaktor, so wie es Maschinen sind.“ (FTD 29.4.05)

Ein Weg zur Behebung der Kluft könnte so aussehen: Der Mehrheitswille wird in freier öffentlicher Diskussion artikuliert und von gewählten VertreterInnen durchgesetzt. Dieses Verfahren nennt man Demokratie. Der andere Weg: Die Mächtigen aus Wirtschaft und Politik manipulieren den Willen der Mehrheit. Grundlegende Entscheidungen werden an Kommissionen übertragen, die mit dem Schein der Wissenschaftlichkeit und des neutralen Sachverstandes die Interessen der Mächtigen artikulieren. Beispiele: Die Kommissionen etwa von Hartz, Herzog, Rürup oder Kirchhof zur Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik.

Aber auch andere Meinungsmacher wirken massiv auf die Politik ein. Beispiel: Die Bertelsmann-Stiftung. Nach ihrem Selbstverständnis ist sie unabhängig und parteipolitisch neutral. Aber sie will, dass die „Grundsätze unternehmerischer, leistungsgerechter Gestaltung in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden.“ Sie will „die Verkrustungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ durch eine „grundlegende Neuorientierung in Politik und Wirtschaft“ aufbrechen. „Die Menschen müssen Veränderungen und deren Auswirkungen mittragen.“

Ihres Einflusses bewusst stellte sie an die Regierung Schröder einige Forderungen:

- Kürzung der Sozialhilfe und Senkung des Mindestlohnes,
- Senkung der Löhne, Lockerung des Kündigungsschutzes,
- vollständige Übertragung der Lohnnebenkosten auf die Arbeitnehmer.

Alle diese Forderungen fanden Eingang in die Agenda 2010 und in die Gesetze um das ALG II. Die Bertelsmann-Stiftung nimmt massiv Einfluss auf die Bildungspolitik, betreibt den Umbau der öffentlichen Verwaltung (Prinzip Betriebswirtschaft, Kosten-Nutzen, Privatisierung, Standortwettbewerb...) und setzt in sog. Standort-Rankings

Demokratie mit neoliberaler Marktwirtschaft gleich. Das sind die Bausteine neoliberaler Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.

Was ist das Ziel dieser Einflussnahmen? Der großen Umbau von Staat und Gesellschaft nach den Interessen der Mächtigen und die Umverteilung von unten nach oben soll als notwendig und unumgänglich dargestellt werden. Und: Dieser Prozess der Umverteilung muss als alternativlos erscheinen. Es soll das TINA-Prinzip gelten: There Is No Alternative.

Suggestion und Manipulation sollten bei der weltgrößten Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“ (Schirmherr R. v. Weizsäcker, Beteiligung McKinsey, stern, ZDF...) die Öffentlichkeit beeinflussen. Die Formulierung der Fragen nimmt die Ergebnisse vorweg, Begriffe wie „Reform“, „Leistung“ werden nicht definiert, aber im Ergebnis einseitig interpretiert. Eine Frage lautet etwa: „In den nächsten Jahren wird die Bereitschaft der Bevölkerung zunehmen, Reformen mitzutragen, auch wenn diese für den Einzelnen Nachteile mit sich bringen.“ Eine Zustimmung zu dieser Frage wird folgendermaßen interpretiert: 80% der Deutschen „glauben, dass die Reformen der vergangenen Jahre bei weitem nicht ausreichen und fordern ein zügiges Vorantreiben des Reformprozesses.“

Ähnlich arbeitet Bertelsmann. Eine Interview-Frage in einer Umfrage lautete: „Sagen Sie mir, wie Sie die Notwendigkeit weiterer Veränderungen des Staates einschätzen.“ Die Zustimmung erschien in der Presse in folgender Form: „Mit überwältigender Mehrheit (84%) hat sich die deutsche Bevölkerung für weitere Reformen in Staat und Gesellschaft ausgesprochen.“ (Presseveröffentlichung 30.09.05) Veränderung wird also flugs zu „Reform“ und diese gleichgesetzt mit den bislang durchgesetzten neoliberalen Gesetzespaketen: Hartz IV, Steuergeschenke für Konzerne etc. Generell wird „Reform“ von Politik, Wirtschaft und Meinungskonzernen gleichgesetzt mit neoliberalen Umbau.

Aber auch Presseorgane, die sich als kritisch verstehen, veröffentlichen große Berichte im Sinne neoliberaler „Reformen“: Etwa Privatisierung der Bildung oder Abbau sozialer Standards. Zustimmend werden Wissenschaftler oder Institute zitiert, ohne darauf hinzuweisen, dass sie „Botschafter“ der arbeitgeberfinanzierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) sind. Die taz berichtet auf zwei Seiten über eine Studie zum bedingungslosen Grundeinkommen von Th. Straubhaar, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts – ohne seine Rolle als Botschafter des INSM zu erwähnen. In einem anderen Bericht mokiert sich die taz über die Kritik an den Bestrebungen zur Privatisierung der Bildung: „Privatisierung ist des Teufels und so ungerecht, schimpften die Lehren-Lobbyisten. Tja, die Show muss halt weitergehen.“ (taz, 9.3.07) Sie erwähnt allerdings nicht, dass der „Aktionsrat Bildung“ aus Professoren und Arbeitgebern über ihren Vorsitzenden und andere Kommissionsmitglieder eng mit der INSM und der Bertelsmann-Stiftung verbunden ist.

Derartige Methoden der Beeinflussung und Manipulation durch Meinungskonzerne sind antidemokratisch. In Verbindung mit der massiven Einwirkung von Interessen von Konzernen und Vermögenden auf die Politik in Regierung und Parlament sind sie ebenso effektiv wie gefährlich.